

Antrag	Datum:	19.08.2019
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund / Freie Wähler) Verzicht auf BUGA-Durchführungsgesellschaft bis zur Leitentscheidung 2020		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
28.08.2019	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft spricht sich dafür aus, bis zur sog. *Leitentscheidung Projektbausteine Masterplan* für die BUGA 2025 in 2020 weder eine Durchführungsgesellschaft zu gründen noch einen Gesellschaftervertrag mit der dbg abzuschließen.

Sachverhalt:

Anfang/Mitte 2020 steht fest, welche Stadtentwicklungs- und weiteren Projekte im Rahmen der für 2025 geplanten BUGA in welcher Form umgesetzt werden könnten.

Auf Basis des Ergänzungsantrags 2018/BV/3684-02 (ÄÄ) beschloss die Bürgerschaft am 16.05.2018, dass es zu diesem Zeitpunkt eine sog. *Leitentscheidung* der Bürgerschaft geben soll. Vor der *Leitentscheidung* hat laut Beschluss eine Abstimmung mit der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft (dbg) zu erfolgen.

Mit diesem Beschluss sowie mit der weiteren Ergänzung zu Fördermitteln des Landes hat sich die Bürgerschaft die Letztentscheidung über die Durchführung der BUGA 2025 in 2020 offen gehalten. Selbst ein Ausstieg aus dem BUGA-Vorhaben wäre mit der *Leitentscheidung* möglich.

Derzeit bedarf es daher keines Stopps laufender Planungen zu Einzelprojekten. Sie sind im Übrigen vorrangig auf die Entwicklung des Stadthafens gerichtet, unabhängig von einer Blumenschau. Die Fortführung dieser Planungen ist auch mit Blick auf die Akquirierung von Fördermitteln erforderlich.

Um auch das letzte Risiko eines evtl. Ausstiegs aus der BUGA 2025 abzusichern, sollte auf die Bildung einer *Durchführungsgesellschaft* sowie die Unterzeichnung eines *Gesellschaftervertrages* vorerst verzichtet werden. Für Beides gibt es vor dem Beschluss der *Leitentscheidung* in 2020 auch kein zwingendes Erfordernis.

Die Zusammenarbeit mit der dbg kann wie bisher ohne gesonderte Gesellschaft vertrauensvoll erfolgen. Für die Stadt entfielen im worst case des Ausstiegs aus der BUGA 2025 zudem die Ausfallgebühr.

Dieses Vorgehen würde es der neuen Bürgerschaft und dem neuen Oberbürgermeister ermöglichen, sich umfassend und sachgerecht mit Planungen, Kosten, Umsetzungsmöglichkeiten und Alternativen zu beschäftigen.

In 2020 wären alle Akteure in der Lage eine sachgerechte Entscheidung zu treffen, auch mit Blick auf den sich bis dahin verändernden Haushalt der Stadt.

Finanzielle Auswirkungen: keine



Dr. Sybille Bachmann
Fraktionsvorsitzende